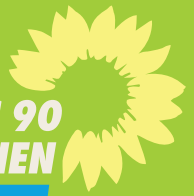




**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BENSHEIM



N°1 / 2025

Herbst 2025

Liebe Freundinnen und Freunde!



Anna Lührmann MdB u. Landesvorsitzende der Grünen
bei unserem Sommerfest.

Das grüne Krokodil ist wieder da und meldet sich mit einem Rückblick auf die Kommunalpolitik, u.a. zum städtischen Haushalt und der Stadtratswahl und einem Ausblick auf die Kommunalwahl am 15.3.2026. Wir wünschen viel Spaß beim Stöbern und freuen uns, euch bei einem der nächsten Termine zu treffen!

Euer Sprecherteam Michael
Karo, Jörn und Christine

Termine

Mittwoch, 29. Okt. um 19.30 Uhr
Grüner Stammtisch
Mab's, Hauptstraße 70

Sonntag, 16. Nov. um 11:00 Uhr
Gedenkveranstaltung Kirchbergmorde
Am Gedenkstein, oberhalb Brunnenweg

Sonntag, 23. Nov. um 17:00 Uhr
Mitgliederversammlung, OV Grüne Bensheim
Zur Listenaufstellung Kommunalwahl 2026
Bürgerhaus Kronepark, Auerbach

Weitere Termine: www.gruene-bensheim.de

Fraktionssitzungen

Die Fraktion tagt wöchentlich dienstags, oft virtuell via Zoom. Meist ist ab 20 Uhr ein öffentlicher Sitzungsteil vorgesehen. Per Video-Konferenz könnt ihr an den Fraktionssitzungen teilnehmen. Meldet euch dafür bitte an:
d.sterzelmaier@gruene-bensheim.de

Aus dem Inhalt

- Wie entwickelt sich Bensheim
- Rückblick Kommunalpolitik: Grünes A-Z
- Steuerpolitik die Arbeit und Vermögen fair behandelt
- Motivationsartikel Kommunalwahl

Wie entwickelt sich Bensheim?

– Der Entwurf des Regionalplans liegt vor



Der Regionalplan Südhessen und der Regionale Flächennutzungsplan für den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main werden neu aufgestellt. Bis diese voraussichtlich 2028 rechtskräftig werden, bleiben die Pläne von 2010 gültig.

Der Regionalplan ist bedeutend, denn er steuert die räumliche Entwicklung unseres Siedlungsraumes durch Vorgaben für die Flächennutzung. Die in den Plänen festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung sind von allen öffentlichen Stellen zu beachten. Der Regionalplan ist Bindeglied zwischen dem hessenweit gültigen Landesentwicklungsplan (LEP) und den kommunalen Bauleitplänen der Städte und Gemeinden.

Trägerin der Regionalplanung ist die Regionalversammlung Südhessen. Eine wichtige Aufgabe ist die Beschlussfassung über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung des Regionalplans. Am 4. Juli 2025 hat die Versammlung den Entwurf gebilligt und beschlossen, die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Die erste Offenlage erfolgt vom 29. September bis zum 28. November. Einwendungen sowie Stellungnahmen auch der Kommunen können bis zum 15. Dezember abgegeben werden.

Das Regierungspräsidium Darmstadt als Obere Landesplanungsbehörde wertet die Stellungnahmen aus und erarbeitet einen Vorschlag, wie damit umgegangen werden sollte. Über die Beschlussvorschläge dieser Behörde wird dann in den Gremien der Regionalversammlung beraten und beschlossen. Die zurzeit 99 Mitglieder der Regionalversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Landkreise, der kreisfreien Städte, der kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern und des Regionalverbandes Frankfurt-Rhein-Main gewählt.

Die Stadt Bensheim hat zu entscheiden, wie sie sich entwickeln möchte. Ist sie mit den Vorschlägen im Planentwurf einverstanden oder werden Abweichungen gewünscht? Bensheim hat eine günstige Lage zum Ballungsraum Frankfurt und kann daher „Entlastungskommune“ werden. Dies bedeutet, dass

1.000 Einwohner mehr aufgenommen werden sollen, als es die normale Entwicklung vorsehen würde. Dafür dürfte die Stadt als Entlastungskommune 22 Hektar für neue Wohngebiete und 15 Hektar für Gewerbegebiete neu besiedeln. Ziel im Regionalplan ist zwar Innen- vor Außenentwicklung, jedoch sind wir Grüne sicher, dass dies für dann insgesamt 2.000 neue Einwohner nicht möglich sein wird.

Weiteres Wachstum ist für uns Grüne kein Qualitätsmerkmal, keine Steigerung der Lebensqualität. Wir fragen uns: Warum sollen wir überplanmäßig wachsen? Dies erfolgt in der Regel auf Neubaugebieten und neuen Gewerbegebieten in der Fläche. Hier sehen wir Konflikte mit dem Regionalen Grünzug mit wertvollen Böden, die verloren gehen, und mit Verlust der Artenvielfalt durch immer weiter eingeeengten Lebensraum. Auch die Vorranggebiete für besonderen Klimaschutz halten wir für wichtig, gerade wegen der Folgen des Klimawandels. Dies betrifft auch den Hochwasserschutz. Diese Schutzfunktionen wollen wir nicht zu Gunsten neuer Baugebiete opfern. Hinzu kommen die Flächen für die Naherholung, die von der derzeitigen Bevölkerung rege genutzt werden und die wir erhalten wollen.

Wir Grüne denken auch an eine Kreislaufwirtschaft. So können neue Bauprojekte entstehen, wenn an anderer Stelle zurückgebaut wird. Die Gesamtfläche der Versiegelung bliebe dann gleich. Wohnraum kann auch neu entstehen, indem nicht in die Fläche, sondern in die Höhe gebaut wird. Hier sehen wir noch Chancen für Bevölkerungswachstum und meinen damit Geschosswohnungsbau und Ausbau von Dächern sowie Anbauten. Wir reden nicht von „Hochhäusern“. Wenn die entsprechenden Baugesetze und Verordnungen angepasst würden, wäre das eine gute Lösung für viele Eigenheimbesitzer im Gebäudebestand.

Der neue Regionalplan wird uns noch lange in Bensheim beschäftigen. Wir Grüne werden uns für den Flächenschutz und gegen Bensheim als Entlastungskommune einsetzen.

Doris Sterzelmaier

(Quelle: <https://rp-darmstadt.hessen.de/infrastruktur-und-wirtschaft/regionalplanung/regionalplan-suedhessen/neuaufstellung>)

Grünes A-Z aus der Kommunalpolitik

Alte Neckarschlingen erhalten! Die Flächen haben ein hohes Potential zur Biotopentwicklung. Es sind Niedermoore. Neben der Erhaltung der Biodiversität stellen sie eine Frischluftschneise für Bensheim dar. Sie speichern und filtern Wasser, binden Kohlendioxid und sind wichtig für den Hochwasserschutz. Wir wollen sie schützen.



Bensheim braucht einen weiteren hauptamtlichen Stadtrat. Wir hatten lange Zeit einen Baustadtrat und einen weiteren für Finanzen. Die Koalition hat die Stelle des Finanzdezernenten 2022 gestrichen. Bei der Haushaltslage der Stadt ein Fehler. Unser Antrag im Juni die Stelle wieder bereitzustellen, wurde abgelehnt.

CSD (Christopher Street Day) erstmals im Juli 2025 an der Bergstraße – in Bensheim mit dem Motto: „Für eine Welt in der alle Welten Platz haben“. Der CSD setzte ein starkes gemeinsames Zeichen für Vielfalt, Sichtbarkeit und Solidarität. Wir Grüne waren Mitunterstützer.

Die Stadtbibliothek eröffnete wieder in umgebauten Räumen der alten Gerberei, zuvor Theater Pegasus. Schön, dass es wieder eine Bibliothek gibt. Das Gebäude ist jedoch unserer Meinung nach nicht optimal. Zu klein, die Hälfte des Medienbestandes hat dort keinen Platz. Die Stadtbibliothek muss wieder mitten in die Stadt.

Eine neue Kita soll auf das alte Bundeswehr-Depot-Gelände in der Rheinstraße gebaut werden. Um Flächen zu schonen und das Gebäude optimal zu nutzen, haben wir uns für Sozialwohnungen in den darüber liegenden Stockwerken ausgesprochen. Weiterhin halten wir an einer öffentlichen Grünfläche auf dem Gelände fest. Das diese gemäß Förderbescheid von 2014 noch nicht errichtet wurde, kann die Stadt durch Rückzahlung von Zuschüssen noch teuer zu stehen kommen.

FC Italia kommt der Bauverpflichtung eines Vereinsheimes auf dem Gelände am Berliner Ring nicht nach. Der Kreis Bergstraße will das Grundstück von der Stadt pachten und dort eine neue Schul-Turnhalle errichten. Für die Sportvereine eine gute Nachricht, da der Bedarf an Hallenzeiten groß ist. Wir erwarten, dass die Halle auch den Vereinen zur Verfügung gestellt wird. Der ehemals geplante Hallenbau am Winkelbach bei den Kappesgärten hat sich für uns damit erübrigt.

Grundsteuer von 617 % auf 1.000 % Hebesatz erhöht. Der Vorschlag der Verwaltung auf ursprünglich 1740 % zu gehen, konnte abgewendet werden. Wir Grüne wollen schnellstens wieder eine Reduzierung der Grundsteuer. Die Lücke im Haushalt der Stadt soll auch durch eine Gewerbesteuer-Erhöhung verkleinert werden.

Hessen Mobil saniert Radweg entlang der B3 zwischen Bensheim und Heppenheim schon 2025, statt erst 2026. Der öffentliche Druck hat Wirkung gezeigt. Das Baustellenmanagement ist jedoch zu kritisieren.

In Auerbach ist die Firma Sanner ausgezogen. Das Alte Firmengelände wird frei für neue Stadtentwicklung: Wohnen, eine Kita, Begrünung und ein Radweg sollen entstehen. Wir werden engagiert auf Klimaschutz und nachhaltiges Bauen achten.

Jede neue PV-Anlage ist wichtig und bringt die dringend benötigte regenerative Energie. Wir wollen, dass die Klimaziele für Bensheim erreicht werden. Waren 2018 erst 2.100 installierte Anlagen im Netzgebiet der GGEW, so sind es 7.083 PV-Anlagen mit 86.936 Kilowatt installierter Leistung im Jahr 2025.

Kita-Gebühren bereits ein Jahr vor der Zeit zum 01.08.25 von der Koalition erhöht – für die Haushaltssanierung. Familien werden damit zu hoch belastet. Die Erhöhung fällt zusammen mit der Grundsteuer-Erhöhung. Die Belastungen sind für uns sozial unausgewogen. Wir haben abgelehnt.

Ladekapazitäten für E-Autos müssen ausgebaut werden, wenn die Energiewende gelingen soll. Die neue Schnellladestation auf dem EDEKA Merz-Parkplatz ist super. Mit einem mechanischen Schwungmassespeicher werden aus 100 Kilowatt aus dem Netz 300 Kilowatt gemacht. 2 PKW können

gleichzeitig in kurzer Zeit geladen werden und die Batterie kommt ganz ohne Chemie aus.

Musikschule der Stadt Bensheim. Hier wollen alle anderen Fraktionen Geld einsparen und ein Verein könnte dies zukünftig machen. Ergebnis der Prüfung: „Ohne das finanzielle Engagement der Stadt ist der Betrieb einer Musikschule nicht möglich“. Wir Grüne fühlen uns bestätigt.

Neue Gewerbeflächen wurden 2018 an der Riedwiese ausgewiesen. Bis heute ist die Spedition aus Fehlheim nicht dorthin umgezogen, statt dessen wurde die Fläche unterverpachtet, um Kabeltrommeln für Hochspannungsleitungen zu lagern. Wir Grüne haben nachgefragt, denn Gewerbeflächen sind knapp. Bis 2026 muss der Umzug erfolgt sein, sonst besteht ein Rückgaberecht an die städtische Tochter MEGB mbH.

Organisationsstruktur des Rathauses muss verbessert werden, auch als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. So die Empfehlung der Kommunaufsicht. Wir sind gespannt, welche Verbesserungen sich ergeben werden. Für die externe Beratung stehen 250.000 Euro im Haushalt 2025. Der muss erst genehmigt sein, bevor das Geld ausgegeben werden darf und wie die Struktur verbessert werden kann, wird noch diskutiert werden.

Parkgebühren – in den Parkhäusern sind sie seit Jahren nicht kostendeckend. Am Straßenrand der Innenstadt sogar gebührenfrei. Wir Grüne hatten im Juni einen Antrag gestellt, dies zu ändern. Er wurde abgelehnt trotz der schlechten Haushaltslage. Die Koalition hat lieber die Kita-Gebühren erhöht. Für uns keine soziale Politik.

Querelen? Was ist bei der CDU los, fragten sich alle. Fraktionsvorsitzender Tobias Heinz wurde nicht der Kandidat für den Ersten Stadtrat. Statt dessen war Frank Daum der CDU-Wunschkandidat und Heinz trat als Fraktionsvorsitzender zurück.

Reionalplan Südhessen geht in die Offenlage. Voraussichtlich bis 2028 wird in allen Kommunen diskutiert, wie sich unser Siedlungsraum entwickeln soll. Wo darf gebaut werden, wo bleiben landwirtschaftliche Flächen, Naturräume und Grünzüge erhalten? Wir Grüne wollen keine weitere Versiegelung von Flächen. Ein Zuzug an Bevölkerung soll durch intelligente Innenverdichtung, Nutzung von Leerständen, Baulücken und höhere Bebauung abgefangen werden.

Stadtratswahl. Wir haben die Erste Stadträtin Nicole Rauber-Jung bei ihrem Wunsch zur Wie-

derwahl unterstützt. Die CDU wollte ihre eigene Amtsinhaberin nicht mehr und wünschte sich Frank Daum, Geschäftsführer des KMB, als Ersten Stadtrat. Er hat die Wahl gewonnen und wird das Amt am 15. Oktober antreten.

Tour durch Hessen. Anna Lührmann MbB und Landesvorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen war zu Gast bei unserem Sommerfest im August. Sie ging auf die Kommunalwahl ein und betonte, warum es starke Grüne braucht. Die Kernthemen der Grünen bleiben wichtig und dies würde bei vielen Firmen, die sie besucht hatte auch erkannt.

Umweltpreis Kreis Bergstraße 2025. Wir haben das Repair Cafe Bergstraße e.V. vorgeschlagen. Seit 2014 wird der Reparaturservice ehrenamtlich und kostenlos angeboten. Damit wird Müll vermieden und ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass alte Geräte nicht wertlos sind. Die Rohstoffe werden erhalten, das entspricht den Nachhaltigkeitszielen.

VRN – next-Bike – Radverleihsystem. Wenn Bahn und Bus Verspätung haben, kann man mit dem Mietrad sein Ziel in Bensheim trotzdem zeitnah erreichen. Diese Flexibilität ist wichtig, um den ÖPNV zugänglicher zu machen. Das System wird ab 2026 gemäß Beschluss der Koalition eingestellt. Wir Grüne kritisieren dies. Für eine Stadt mit Einpendelnden-Überschuss nicht zeitgemäß.

Warum die Gebühren für das Parktheater auch für Vereine, Jugendverbände und Schulen erhöhen? Wir Grüne sind gegen die vorgeschlagene Erhöhung, die die anderen Fraktionen beschließen wollen. Kultur soll für junge Menschen bezahlbar bleiben.

Xmal gefordert. Endlich geschafft! Stadträtin Rauber-Jung hat Tempo 30 in der Friedhofstraße und in der Rheinstraße angeordnet.

You are needed ! Dir liegt Grüne Politik am Herzen und Du willst selbst etwas bewegen? Dann ist die Kommunalwahl 2026 der richtige Zeitpunkt einzusteigen. Mach bei uns mit!

Zweiter Masterplan Klimaschutz für Bensheim wurde im Februar beschlossen. Aus dem alten Plan von 2014 wurden 35 von 49 Projekten umgesetzt. Jetzt gab es eine Überarbeitung, damit Bensheim sein Klimaziel, bis 2040 neutral zu werden, auch erreicht.

Doris Sterzelmaier, Fraktionsvorsitzende

Fast eine Million arbeiten nicht – und keiner redet darüber

Wenn in Talkshows mal wieder über Menschen gesprochen wird, die „nicht arbeiten“, dann geht es meistens um Bürgergeldempfänger. Was jedoch kaum jemand weiß: In Deutschland leben mittlerweile fast eine Million Menschen, die gar nicht arbeiten. Aber nicht, weil sie nicht können, sondern, weil sie es nicht nötig haben. Die Rede ist von sogenannten Privatiers: Menschen, die ausschließlich von den Erträgen ihres Vermögens leben – also von Mieten, Dividenden, Zinsen oder großen Erben. Laut Statistischem Bundesamt gab es 2024 rund 872.000 Privatiers – mehr als doppelt so viele wie im Jahr 2000. Während Merz, Linde und Co. auf die Schwächsten unserer Gesellschaft eindreschen, bleibt diese Gruppe unsichtbar. Dabei offenbart sich hier eine zentrale Ungerechtigkeit: Vermögen wird in Deutschland steuerlich besser behandelt als Arbeit.

Als die Bundesrepublik gegründet wurde, lautete das Versprechen: Freiheit, Demokratie und ein Stück Wohlstand für alle. Doch dieses Wohlstandsversprechen gilt heute nicht mehr für alle Menschen. Viele arbeiten hart, zahlen hohe Steuern und Abgaben und können trotzdem kaum Rücklagen bilden. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaft (DIW) besitzen die obersten 10% der Bevölkerung mehr als 60% des Gesamtvermögens. Die unteren 70% der Bevölkerung verfügen zusammen über weniger als 10%. Besonders dramatisch: Das reichste Prozent allein hält zwischen 27% und 35% des gesamten Privatvermögens.

Der Ökonom Marcel Fratzscher fasst es so zusammen: „Deutschland ist heute eines der Länder mit der größten Ungleichheit in der industrialisierten Welt.“ Besonders betroffen ist die Mittelschicht. Sie trägt die Hauptlast der Steuer- und Sozialabgaben, während sie in Zeiten von Inflation und globaler Wirtschaftskrise Gefahr läuft, immer weiter abzurutschen. Die Armutsgefährdungsquote lag 2024 bei 15,5%. Diese Verunsicherung ist nicht nur ein soziales, sondern auch ein demokratisches Problem.

Steuern sind kein Naturgesetz, sondern eine politische Entscheidung. Derzeit gilt: Wer als Arbeitnehmer und Arbeitnehmer Einkommen erzielt, zahlt schnell 42% bis 45% Steuern. Wer jedoch sein Geld in Aktien, Fonds oder Anleihen investiert, gibt auf diese Erträge nur pauschal (!) 25% Abgeltungssteuer ab – ganz unabhängig davon, wie hoch das Gesamteinkommen ist. Typischerweise betrifft das Menschen, die ohnehin im Spitzensteuersatz liegen. Für sie bedeutet das: Auf Arbeitseinkommen zahlen sie fast doppelt so viel wie auf Einkommen, das von dem eigenem Vermögen praktisch im Schlaf generiert wird.

Etwas anders stellt sich die Situation bei Einnahmen aus Vermietung dar: Mieteinnahmen gelten als „nor-

males Einkommen“ und werden höher besteuert. Und trotzdem gibt es auch hier viele Schlupflöcher und steuerliche Vorteile, etwa bei Immobilienverkäufen. Am Ende ergibt sich ein klares Bild: Wer über Vermögen verfügt, zahlt im Verhältnis deutlich weniger als jemand, der nur von seiner Arbeit lebt.

Im Kern gibt es zwei Wege, diese Schieflage zu korrigieren: Entweder man besteuert direkt das Vermögen selbst – das wäre die Vermögenssteuer, die in Deutschland seit Jahren ausgesetzt ist. Oder man sorgt wenigstens dafür, dass die Erträge aus Vermögen adäquat besteuert werden.

Politisch wird das Thema verdrängt. Konservative und Liberale kritisieren lieber 16.000 „Totalverweigerer“ beim Bürgergeld oder fordern, Rentnerinnen und Rentner müssten länger arbeiten. Dass gleichzeitig fast eine Million Menschen steuerlich privilegiert von ihrem Vermögen leben können, wird dagegen kaum thematisiert. Dabei ist genau das der eigentliche Skandal: Warum soll eine Krankenschwester fast die Hälfte ihres Einkommens abgeben, während jemand mit Millionenvermögen nur ein Viertel seiner Kapitalerträge versteuern muss?

Wir brauchen eine Steuerpolitik, die Arbeit und Vermögen fair behandelt. Es geht dabei nicht darum, den „kleinen Sparer“ zu bestrafen. Freibeträge müssen sicherstellen, dass Erträge bis zu einer bestimmten Höhe steuerfrei bleiben. Gleichzeitig müssen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen beim Vermögensaufbau unterstützt werden. Die politische Debatte muss stattdessen vor allem große Vermögen betreffen, deren Erträge weit über diesen Freibeträgen liegen und trotzdem steuerlich geschont werden. Denn sonst droht unser Solidarprinzip seine Legitimität zu verlieren.

Genau das ist die Frage: Wollen wir ein Land, in dem einige immer reicher werden, während viele nur die Krümel der Torte bekommen – oder eine Gesellschaft, in der sich Arbeit lohnt, Aufstieg möglich bleibt und Demokratie stark ist? Entscheiden sollten wir uns für letzteres.

Tim Fitz

Quellen:

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-lebensunterhalt.html>

<https://www.zeit.de/geld/2024-10/privatiers-deutschland-vermoegen-soziale-ungleichheit-kapitalismus>

https://www.diw.de/de/diw_01_c.793891.de/vermoegenskonzentration_in_deutschland_hoehere_als_bisher_bekannt.html

<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2016/heft/13/beitrag/deutschlands-hohe-ungleichheit-verursacht-wirtschaftlichen-schaden.html>

Gemeinsam für ein nachhaltiges Bensheim –

Unsere Motivation für die Kommunalwahl 2026

Liebe Bensheimerinnen und Bensheimer,

die Kommunalwahl 2026 steht vor der Tür – eine wichtige Entscheidung für unsere Stadt, unseren Kreis Bergstraße und ganz Hessen. Als Grüne setzen wir uns mit Leidenschaft für eine lebenswerte, nachhaltige und gerechte Zukunft ein. Unsere Motivation ist es, Bensheim zu einem Ort zu machen, an dem Mensch, Natur und Wirtschaft im Einklang leben.

Nachhaltigkeit und Umweltschutz im Mittelpunkt

Wir wollen Bensheim noch grüner machen! Das bedeutet für uns den Ausbau von Grünflächen, den Schutz unserer Natur und den Ausbau erneuerbarer Energien (PV, Windkraft und Geothermie). Wir setzen uns für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein, bei der ökologische Aspekte ebenso zählen wie soziale Gerechtigkeit.

Klimaschutz aktiv gestalten

Der Klimawandel betrifft uns alle. Deshalb wollen wir lokale Maßnahmen (Masterplan Klimaschutz II, Hitzeaktionsplan) vorantreiben, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Das umfasst den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, den Ausbau von Radwegen, die Förderung umweltfreundlicher Mobilität, die Anwendung energiesparender Maßnahmen, wo immer das möglich ist.

Soziale Gerechtigkeit und Gemeinschaft stärken

Für uns ist eine lebendige, bunte und vielfältige Gemeinschaft wichtig. Wir wollen bezahlbaren Wohn-

raum schaffen, soziale Angebote ausbauen und die Integration fördern. Alle sollen sich in Bensheim zuhause fühlen können. Wir sind stolz auf das Integrations- und Vielfaltskonzept der Stadt Bensheim und sprechen uns entschieden aus für die Akzeptanz und die Rechte queerer Menschen. Anfeindungen durch rassistische, antisemitische und sonstige diskriminierende Gruppierungen treten wir aktiv entgegen.

Bürgerbeteiligung fördern

Wir glauben an die Kraft der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb setzen wir uns für mehr Transparenz und Mitbestimmung ein. Eure Meinungen und Ideen sind für uns die Grundlage für eine zukunftsorientierte Politik.

Unsere Motivation

Unsere Motivation ist es, Bensheim zu einer noch nachhaltigeren, sozialeren und lebenswerteren Kommune zu machen. Bensheim soll eine lebenswerte und attraktive Stadt mit guter Infrastruktur bleiben. Wachstum ist für uns kein Qualitätsmerkmal und Kreislaufwirtschaft halten wir für nachhaltiger. Wir möchten gemeinsam mit euch an Lösungen arbeiten, die unsere Stadt für kommende Generationen lebenswert erhalten. Lasst uns gemeinsam für ein Bensheim kämpfen, das im Einklang mit der Natur steht, sozial gerecht ist und für alle eine gute Zukunft bietet.

Eure Unterstützung und euer Engagement sind der Schlüssel zu diesem Ziel! Wir freuen uns auf Euch.

Euer Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen Bensheim

Wir freuen uns über eure finanzielle Unterstützung!

Bankverbindung

Kontoinhaber	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Bergstraße
IBAN	DE41 5095 0068 0002 0609 45
Kreditinstitut	Sparkasse Bensheim
Verwendungszweck	Grüne Bensheim

Spenden an die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können mittels einer Steuererstattung in Höhe von 50 Prozent beim Finanzamt im Rahmen der Steuererklärung berücksichtigt werden. Bitte gebt dazu eure Adresse im Verwendungszweck an. Der Kreisschatzmeister schickt euch die Spendenbescheinigungen zu Beginn des Folgejahres zu.

Gedruckt auf
100 % Altpapier
Auflage: 200 Stück
plus Online

Ihr Partner rund um den Druck!

hbodruck
www.hbodruck.de offset.digital



GRÜNES KROKODIL

Mitteilungsblatt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ortsverband Bensheim;

Erscheinung unregelmäßig.

V.i.S.d.P.: Bündnis 90/DIE GRÜNEN OV Bensheim,

Vorstandsmitglied Michael Krapp,

Geschäftsstelle Gerbergasse 9, 64625 Bensheim